

Asylrecht statt Kriegsrecht!

Kampf um Befreiung statt Flucht, Krieg und Barbarei!

Heute findet bundesweit ein Schüler- und Studentenstreik statt. Gegen Rassismus, Abschiebungen und Krieg. Die ersten in diesem Land, die sagen: Bis hier her und keinen Schritt weiter! Und wenn wir dafür streiken müssen! Doch damit sind wir nicht alleine!

Italien, Februar: Tausende Schüler und Studenten gehen in Brescia gegen die geplante Einführung einer kurzen Schulwoche ab September durch die Provinzregierung auf die Straße. Betroffen sind in erster Linie die beruflichen und technischen Schulen. Diese sollen dann am Samstag geschlossen werden um Heizkosten zu sparen.

Frankreich, Januar: Im ganzen Land Kundgebungen von Lehrern gegen die Verschlechterung der Schulausbildung. Die Regierung wagt nicht, den bestehenden Ausnahmezustand gegen die Demonstranten anzuwenden.

März: 200 Protestdemonstrationen in ganz Frankreich gegen Verschlechterungen der Arbeitsgesetzgebung und die Aufhebung der 35-Stunden-Woche. 1,2 Millionen auf der Straße. Schüler blockieren 200 Oberschulen. Seither demonstrieren jeden Donnerstag Schüler und Studenten – für ihre Interessen als Werktätige der Zukunft und aus Solidarität mit den Arbeitern.

April: Nach den großen Demonstrationen des 31. März kampieren 500 Jugendliche in Paris auf dem Platz der Abschlusskundgebung. Ihre Losung: „Unsere Träume passen nicht in eure Urnen.“

Spanien: Dem Aufruf nahezu aller spanischen Gewerkschaften zur Verteidigung des Streikrechts folgen am 11. Februar in Madrid Zehntausende. Der Anlass: Am 8. Februar begann der Prozess gegen acht spanische Airbus-Beschäftigte. Diese hatten sich 2010 am Generalstreik gegen die Spardiktate beteiligt. Insgesamt laufen 80 Verfahren gegen Streikposten, in denen mehr als 300 Gewerkschafter angeklagt werden. Die Staatsanwaltschaft fordert für die Beteiligung an dem Streik acht Jahre und drei Monate Knast. Und beruft sich dabei auf den Artikel 315.3 des Strafrechts, welcher durch die faschistische Franko-Diktatur Gesetz wurde. Der Prozess gegen die ersten Acht endet mit einem Freispruch!

März: Tausende Menschen demonstrieren in 52 Städten Spaniens für die Aufnahme von Flüchtlingen und gegen das geplante Abkommen mit der Türkei.

Portugal: Januar: 70–80% der Beschäftigten kämpften im landesweiten Streik im öffentlichen Dienst für die Wiedereinführung der 35-Stunden-Woche gegen die sozialistische Regierung. Aufgrund der deutschen Spardiktate hatte die alte Mitte-Rechtsregierung 2013 die 40-Stunden-Woche eingeführt.

Großbritannien: Gewerkschaften gegen Angriff auf ihre Rechte: „Wir sind für den Kampf gerüstet. Wir werden Verbündete unter allen finden, die Freiheit und Demokratie

schätzen“, so Len McCluskey, Chef der größten und einflussreichsten Gewerkschaft Unite. Sie strich bereits den Passus aus ihren Statuten, der sie ausschließlich zu legalen Streiks verpflichtet. „Ungerechten Gesetzen unterwerfen wir uns nicht“, sagte McCluskey auf einem Bergarbeitertreffen in Durham.



Solche Nachrichten waren in den letzten Monaten über die Kämpfe in unseren Nachbarländern zu vernehmen. Was wird morgen überall dort über den Schülerstreik in Deutschland zu lesen sein? Solche Streiks wie den heutigen bräuchte es ständig. Der Regierung der rassistischen Politik und der Kriegsvorbereitung das Handwerk legen! Warum tut sich hierzulande nichts, obwohl uns doch täglich vorgeführt wird, dass es so nicht mehr weitergehen kann? Ganz alleine stehen wir heute nicht - zwei kleine Beispiele aus Deutschland:

Daimler Wörth: kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass im neuen Jahr ohne die Kollegen in Leiharbeit (weit über 8% der gesamten Belegschaft in der Produktion) gearbeitet werden soll. Der Betriebsrat sagte „Wir können rechtlich nix machen“ – doch die Stammbeslegschaft in Wörth sah das anders! 20 von ihnen standen in der Infoveranstaltung der Werkleitung auf und zeigten dieser den kalten Rücken. In der nächsten Betriebsversammlung stand der gesamte Saal mehrere Minuten unter tosendem Applaus, in Solidarität mit den Leiharbeitskollegen. Anschließend verließen sie, unter Rufen wie „Dummschwätzer“ geschlossen den Saal, als der Werkleiter seine Rede halten wollte. In Wörth ist es durch Druck der gesamten Belegschaft gelungen, die Verträge der Leiharbeitskollegen zu verlängern. Gewiss nur ein Teilsieg, die Leiharbeit ist nicht abgeschafft, aber der erste Schritt ist gemacht!

Daimler Bremen: acht Mal Streik gegen Leiharbeit und Fremdvergabe innerhalb der letzten zwei Jahre. Das Daimler-Kapital mahnte daraufhin 761 von ihnen ab. Doch die Kollegen ließen sich das nicht gefallen und zogen vor Gericht und kämpften immer noch gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, gegen die Spaltung der Belegschaft. Und vor allem um das Streikrecht, das ihnen die Bosse versuchen abzusprechen.

Auch wenn es sich manchmal so anfühlt: Wir sind nicht allein im Kampf für ein besseres Morgen. Im Sinne der internationalen Solidarität:

Asylrecht statt Kriegsrecht!

